

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/156

Bonn, den 18. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2a	<u>Legernseer Zwischenbilanz</u>	89
	Erhard muß seine Ich-Bezogenheit aufgeben Von Günter Markscheffel	
2 - 3	<u>Soziale und kulturelle Förderung des Dorfes</u>	89
	Auch Niedersachsen vorbildlich Von Klaus Rusticus	
4	<u>Mitteldeutscher Alltag</u>	36
	Gleichberechtigung der Frau - im FGB unbekannt	
5 - 6	<u>Ungarn ist eine Reise wert</u>	95
	Beobachtungen und Eindrücke von einem Aufenthalt in Ungarn Von Dr. Alfred Graef	

* * *

Tegernseer Zwischenbilanz

Erhard muß seine Ich-Bezogenheit aufgeben

G.M. - Der Worte sind viel, der Briefe sicher noch mehr gewechselt worden. Soweit es sich um Äußerungen von Gegnern der CDU zum "Fall Erhard" handelt, kann man sie in die Rubrik des pflichtgemäßen Drängens einer parlamentarischen Opposition nach Klärung offener innen- und außenpolitischer Fragen einreihen. Ein wesentlicher Teil der Anti-Erhard-Äußerungen aus dem Kreis der Partei- und Koalitionsfreunde des Bundeskanzlers kann sicher ebenfalls das Prädikat "Sorge um die Zukunft Deutschlands" erhalten. Ein anderer Teil der Anti-Erhard-Äußerungen aus Kreisen der CDU/CSU und der FDP ist von dem Wunsch diktiert, so schnell wie möglich einen Bundeskanzler verabschieden zu können, in dem man sich getäuscht hat und dessen Verbleiben an der Spitze der Regierung und der CDU die sichere Niederlage bei kommenden Wahlen bedeuten würde.

Aber lassen wir dieses in erster Linie die CDU/CSU und die FDP angehende parteiinterne Kalkül beiseite; betrachten wir vielmehr den sachlichen Inhalt der gegen Erhard aus den eigenen Reihen erhobenen Vorwürfe. Dabei geht es um mehr als nur um die Frage, ob die CDU noch einmal den Bundeskanzler stellen wird oder nicht.

* * *

Vor der letzten Bundestagswahl haben nicht wenige prominente CDU-Politiker im stillen gewünscht, ihre Partei möge nicht mehr in die Lage versetzt werden, die Regierung bilden zu müssen. Man wußte damals schon, daß Erhard kein Bundeskanzler ist und man fürchtete zu Recht dessen barocke Ich-Bezogenheit in allen innen- und außenpolitischen Fragen, eine Ich-Bezogenheit, die stets verkünden ließ, der Kanzler und CDU-Vorsitzende sei sich mit allen, auch mit den ihm widersprechenden Kräften "im Grunde genommen einig". Erhard sah sich geliebt und konnte sogar dann von Zinigkeit sprechen, wenn man ihm Dokumenté auf den Tisch legte, die das Gegenteil bewiesen. Das Nachspiel nach mehreren Zusammenkünften mit dem französischen Staatspräsidenten hat das deutlich gezeigt. Erhard hat nie begriffen, daß eine qualmende Zigarre als Symbol für Zuverlässigkeit nicht ausreicht; seine Parteifreunde und Koalitionspartner wußten das auch.

* * *

Monatelang haben sie ihn deshalb gedrängt, auf seinem vermeintlich ureigensten Gebiet, der Wirtschaftspolitik, Entscheidungen zu treffen, die den Realitäten der Wirtschaftsentwicklung entsprechen. Wir wissen z.B., daß der Bundeskanzler von einigen seiner Parteifreunde schon vor mehr als Jahresfrist dringend gebeten wurde, die von der Sozialdemokratischen Partei entwickelten Forderungen zur Schaffung eines wirtschaftspolitischen Instrumentariums, zur Einleitung einer längerfristigen Etatpolitik und zur Beratung über ein auf mehrere Jahre sich erstreckendes energiepolitisches Programm ernst zu nehmen. Erhards Antwort lautete damals: "Ich weiß doch von diesen Dingen mehr als diese Leute da."

So ist es denn auch kein Wunder, daß in den zahlreichen Briefen, die Erhard während seines Arbeitsurlaubs an Tegernsee von Parteifreunden, Koalitionspartnern und aus Wirtschaftskreisen erhalten hat, eine Reihe von Vorschlägen enthalten sind, die schon seit Jahr und Tag von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wiederholt werden.

Man braucht sich nur einmal das Regierungsprogramm der SPD von 1961 anzusehen. Schon damals hat Willy Brandt die jetzt vom Bundeskanzler in dessen sogenannten Stabilisierungsprogramm als "dringend erforderliche Maßnahmen" bezeichneten Gesetze erläutert und für den Fall eines sozialdemokratischen Wahlsieges als die wichtigste Aufgabe der Regierungspolitik dargestellt. Vor der Bundestagswahl 1965 wiederholte die SPD ihre Forderungen; diesmal noch drängender, weil jetzt schon völlig klar war, daß die deutsche Wirtschaft schweren Schädigungen ausgesetzt sein würde, wenn es nicht gelänge, den Erhard'schen Schlendrian - von ihm als "Liberalität" bezeichnet - zu beenden. Wie jeder Mann in Deutschland weiß, haben die Nahrungen und Warrungen bei Erhard nichts gefruchtet.

* * *

Jetzt hat sich alles gegen diesen unglücklichen Kanzler verschworen. Es ist gar keine Frage, daß die einsichtigen unter seinen Parteifreunden ihn als eine auch sie schwer belastende Hypothek empfinden. Eigentlich überlegen sie nur noch, was zu tun sei, um ohne allzu große Verluste an Ansehen und Einfluß über die Bunden zu kommen. Mit oder ohne Erhard.

Die Sozialdemokratie befindet sich angesichts dieser dramatischen Situation, die von niemanden anderen verschuldet wurde als von Erhard selbst, in einer klaren Position. Sie hat stets erklärt, daß sie bereit sei, mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen zu helfen, den Schlendrian zu beenden. Sie hat aber auch gesagt - und durch entsprechende Beschlüsse auf dem Dortmunder Parteitag noch einmal bekräftigt -, daß sie nicht auf A b r i d bereit stehe, um die Fehler und die Unfähigkeit einer sehr oft vor ihr gewarnten Regierung zu decken. Um es noch deutlicher zu sagen: Innen- und außenpolitische Maßnahmen, die erforderlich sind, um das wankende Schiff der deutschen Politik wieder auf einen geraden Kurs zu bringen, können nicht g e g o n , sondern nur m i t der Sozialdemokratie durchgeführt werden.

Nach dem Wahlsieg der SPD im volkreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, ist diese Forderung der Sozialdemokratie mehr als berechtigt. Gerade dort, wo sich Bundeskanzler Erhard persönlich engagiert hatte, ist seine Partei, die CDU, geschlagen worden.

Das ist die Tegernseer Zwischenbilanz, vor der Erhard jetzt steht; sie wird ihm besonders von seinen Parteifreunden und Koalitionspartnern vorgelegt. Es wäre gut, wenn der Bundeskanzler angesichts der von ihm jahrelang ignorierten Aufgabenstellung der deutschen Innen- und Außenpolitik endlich seine Ich-Bezogenheit aufgeben und dafür mehr an das G a n z e denken würde.

* * *

Soziale und kulturelle Förderung des Dorfes

Auch Niedersachsen vorbildlich

Von Klaus Rusticus

Nicht ohne berechtigten Stolz wies Niedersachsens Sozialminister Kurt Partzsch (SPD) bei der Übergabe des 50. Dorfgemeinschaftshauses des Landes in Beisein des niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. Georg Dieckrichs (SPD) darauf hin, dass sich die Landesregierung in Hannover - ebenso wie die sozialdemokratische Regierung des Bundeslandes Hessen - die "Soziale und kulturelle Förderung des Dorfes" zur besonderen Aufgabe gemacht habe. Noch als Sozialminister hatte der heutige Ministerpräsident des Landes dieses segensreiche Programm anlaufen lassen. Seitdem hat Niedersachsen trotz aller finanziellen Belastungen besonders als Folge der Zonenrenne 16,35 Millionen DM als Zuschüsse oder zinsloses Darlehen für diesen Zweck aufgebracht und für 1966 trotz prekärer Haushaltslage ausserdem eine Million DM als Schuldendiensthilfe bereitgestellt, mit der ca. 10 Millionen DM aufgenommen werden können.

Vorbildliche "Zonenrandpolitik"

Allein 28 der jetzt vorhandenen Gemeinschaftshäuser wurden in unmittelbarer Nähe der Zonenrenne gebaut. Beispielhaft handelt die kleine Gemeinde Offleben im Helmstedter Braunkohlenrevier. Sie errichtete schon 1955 - vor Beginn des Programmes der Landesregierung in Hannover - aus eigener Kraft ein vorbildliches Dorfgemeinschaftshaus, das nur wenige Meter von der verminten Grenze entfernt ist und besonders in den letzten Jahren zu einer weit ausstrahlenden Stätte der geistigen Auseinandersetzung über die Teilung Deutschlands wurde.

Hier spiegelt sich einmal eine vorbildliche "Zonenrandpolitik" der Praxis wieder, zum anderen aber wurden in dem Bundesland auch echte "soziale Grundsteine für die kulturelle Förderung des Dorfes" gelegt. Die Gemeinschaftshäuser befinden sich heute bereits in 27 von 60 Landkreisen. Einschliesslich der im Bau befindlichen oder für den Bau vorgesehenen Häuser sind es insgesamt 85, davon 42 im Zonenrandgebiet. Wenn dieses Bauprogramm beendet ist, werden 57 der 60 Landkreise Niedersachsens über ein solches Gemeinschaftshaus verfügen.

Politische Ressentiments unbedeutend

Besonders am Anfang wurde den seit 1945 in der politischen Verantwortung des Landes stehenden Sozialdemokraten vorgeworfen, sie verfolgten mit diesen Gemeinschaftshäusern eigene politische Ziele. Wenn trotzdem unbeirrt von Jahr zu Jahr neue Vorhaben dieser Art von der Regierung in Hannover gefördert wurden, dann zeugt das fraglos von politischem Mut, der jene anfänglich geäusserten Ressentiments zur politischen Bedeutungslosigkeit stempelte.

Die Struktur dieses Bundeslandes fördert geradezu eine verantwortungsbewusste Regierung heraus, die in ihrer Mehrzahl bestimmenden Landkreise an sozialen Fortschritt teilnehmen zu lassen. Denn die meisten Landkreise, die heute über eine solche Gemeinschaftseinrichtung verfügen, wären nicht in der Lage gewesen, ein derartiges Vorhaben selbst zu finanzieren.

Das 50. Haus ist ein Musterbeispiel

Das kürzlich übergebene 50. Gemeinschaftshaus in Neuhoof im Landkreis Blankenburg bietet sich hierfür als Musterbeispiel an. Dicht an der Zonengrenze gelegen ist Neuhoof mit seinen ca. 700 Bewohnern, von denen allein 80 Prozent selbständige Landwirte oder in der Landwirtschaft tätig sind, mit einer Insel vergleichbar. Heute verfügt die kleine Gemeinde in ihrem Gemeinschaftshaus über einen kleinen Saal mit Bühne, einen Jugendraum, eine Kindertagesstätte, Wannen- und Duschküden, Sauna, Wäscherei und Heissmangel, Schlacht- und Tiefgefrieranlage.

Ebensowenig besitzen heute die 50 anderen niedersächsischen Gemeinden die in den Gemeinschaftshäusern geschaffenen Einrichtungen. In der Summe sind es z.B. zehn Mehrzweckhallen mit eingebauten Bühnen, 24 grosse Gemeinschaftsräume, z.T. mit Bühneneinrichtung und durch Faltschirme teilbar, elf kleine Gemeinschaftsräume, 48 Jugendräume, 26 Teeküchen, sechs Lehrküchen, zwei Werkräume, fünf Gymnastikräume, 29 Gemeindebüchereien, 28 Gemeindepflegestationen oder Räume für Erste Hilfe, acht Kindertagesstätten, 15 Wäschereien, 14 Heissmangeln, 22 Tiefgefrieranlagen, 10 Schlachtanlagen, 29 Badeanlagen, 13 Saunen und 59 Zweckwohnungen für den Hauswart, die Gemeindegewerkschafterin, die Leiterin der jeweiligen Kindertagesstätte und die Dorfhelferin.

Zur gleichen Zeit wurden in den Gemeinschaftshäusern - ohne Landesförderung - dreizehn Gemeindebüros, sieben Feuerwehrgeräte Räume, drei Kegelbahnen und acht Poststellen, Sparkassennebenstellen oder sonstige Einrichtungen geschaffen.

60 Prozent wünschen Gemeinschaftseinrichtungen

Eine Umfrage der niedersächsischen Landesregierung bestätigte, dass solche Gemeinschaftseinrichtungen schnell populär werden. Ein Drittel aller Befragten erklärten, dass sie die Gemeinschaftshäuser benutzen. 60 Prozent aber sprachen sich eindeutig für solche Stätten der gemeinsamen Betätigung aus, die schliesslich auch die nachbarschaftliche Hilfe anregen. Da es "Gemeinschaftshäuser" auch jenseits der Zonengrenze gibt, ist es wichtig zu wissen, worin der Unterschied zwischen diesen Einrichtungen "hüben" und "drüben" besteht. Die Gemeinschaftseinrichtungen, die sich jenseits des Stacheldrahts in Gestalt von "Kulturhäusern oder -palästen" mit publizistischem "Berieselungseffekt" und HC-Warenhäusern aufgetan haben, sollen - im Grunde genommen - das gleiche Ziel wie jene Einrichtungen im freien Teil Deutschlands verfolgen. Würden diese aber in Niedersachsen oder Hessen schon bei der Eröffnung mit einem auch nur ähnlichen Konzept ausgestattet wie im Ulbricht-Staat, dann würde man der demokratischen Staatsform einen sehr schlechten Dienst erweisen. - Die westdeutschen Bürger der Gemeinden, in denen sich heute Gemeinschaftshäuser befinden, haben bewiesen, dass sie nicht das gleiche meinen, was die Kommunisten mit ihren "Kulturhäusern" seit Jahren in Schilde führen: Die Kontrolle ihrer "Untertanen" auch nach Feierabend, verbunden mit politischer Massenterieselung, was allerdings von vielen Mitteldeutschen längst erkannt worden ist.

Mitteldeutscher Alltag

Gleichberechtigung der Frau - im FDGB unbekannt

CS.- Die kommunistische Gewerkschaft FDGB, die in Mitteldeutschland ein Gewerkschaftsmonopol ausübt, zählt unter ihren 6,6 Millionen mehr oder minder freiwilligen Mitgliedern über 3 Millionen Frauen. Nimmt man den prozentualen Anteil der Frauen im FDGB, der heute bereits über 45 Prozent beträgt, hält der Gewerkschaftsbund eine Weltspitzenstellung, will man nicht jene Splitterorganisationen im Westen in die Rechnung einbeziehen, die nur Frauen gewerkschaftlich organisieren.

Einfluss der Frauen nur in der Statistik

Aber im Gegensatz zu ihrer starken zahlenmäßigen Beteiligung an der Mitgliedschaft haben die Frauen im FDGB einen schwachen Einfluss auf die Leitung. Zwar hat der FDGB auch hier Zahlen parat, die das Gegenteil beweisen sollen. So behaupten die Kommunisten, von den 967.000 ehrenamtlichen Betriebsfunktionären seien 407.000, also 42,1 Prozent, Frauen. In den überbetrieblichen Leitungen des FDGB und der Industriegewerkschaften seien die Frauen ebenfalls mit 12.400 Vertreterinnen, das sind 42,0 Prozent, präsentiert. Hier hören dann die Zahlenangaben der Kommunisten auf.

Die Wirklichkeit ist anders

Wer indes die Struktur kommunistischer Organisationen kennt, weiss sehr gut, dass die eigentliche Politik in den hauptamtlichen Leitungen, Sekretariate genannt, gemacht wird. Unter den hauptamtlichen Funktionären, den eigentlichen Machthabern des FDGB, befinden sich jedoch nur 9,8 Prozent Frauen. Das ist die Durchschnittszahl. Analysiert man diese wiederum, so stellt sich heraus, dass in der unteren Hierarchie der Frauenanteil noch bei über 15 Prozent liegt, hingegen in den Spitzengruppen weit unter 5 Prozent sinkt. Trotz aller Bekundungen von Gleichberechtigung hat der FDGB in Wirklichkeit den Frauen keine Möglichkeit gegeben, wenigstens in Verhältnis zu ihrer Zahl in den Schlüsselpositionen vertreten zu sein. Der hauptamtliche Leitungsapparat ist im wesentlichen "Männersache" geblieben.

Trotzdem - die Frauen werden aktiv

Dennoch rührt sich in den Betrieben etwas. Seit 1965 sind etwa 200.000 Frauen neu in den FDGB gekommen, die zum Teil in den Betriebsfrauenausschüssen eine spürbare Aktivität an den Tag legen, indem sie gegen die Unterbezahlung oder den Fehleinsatz von Frauen protestieren und - das ist im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung wichtig - gegen die zu geringe Beteiligung von Frauen in echten Leitungsfunktionen angehen.

Ungarn ist eine Reise wert

Beobachtungen und Eindrücke von einem Aufenthalt in Ungarn

Von Dr. Alfred Graef

Wer Gelegenheit hat, nicht nur Budapest eine kleine Stipvisite abzustatten oder seinen Urlaub in einem Fremdenkurort am Plattensee zu verbringen, sondern quer durch das Land der Ungarn zu reisen und ausserdem noch ungarisch spricht, der wird sehr schnell mit der politischen Grundmeinung der Bevölkerung konfrontiert. Es ist erstaunlich, mit welcher Offenherzigkeit heute in Ungarn über gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme gesprochen wird, die vor der Revolution von 1956 strengste Tabus waren.

Überall hat man den Eindruck, dass sich die Bevölkerung freier fühlt als vor 1956. Sie kann wieder Kritik üben, sie kann in aller Öffentlichkeit auch einen politischen Witz wagen, ohne Gefahr zu laufen, Nachteile zu haben oder gar verfolgt zu werden. Gegenstand der Kritik sind in der Hauptsache kleinere Unzulänglichkeiten, aber sehr oft berührt sie auch grundsätzliche Fragen der Politik und der wirtschaftlichen Ordnung.

Ungeachtet solcher Kritik ist man aber überall stolz darauf, dass man seit 1956 beachtliche wirtschaftliche Fortschritte verzeichnen kann und dass man dem kommunistischen Regime ein freiheitliches Leben abgerungen hat. Vor 1956 war durch vielfach unbegründete Verfolgungen von Personen oder Personengruppen das Leben nahezu unerträglich.

Die ehemalige Feudalschicht ist aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben ausgeschaltet geblieben, und sie wird es wohl auch für alle Zeiten bleiben. Niemand - auch bürgerliche Kreise nicht - wünscht ihre Rückkehr. Gerade so wie auch die doktrinären Stalinisten in Ungarn, die das Land an den Ruin brachten, ausgespielt haben. Symbolisch findet letzteres darin seinen Ausdruck, dass in Budapest von dem ehemaligen riesigen Stalin-Denkmal nur noch ein kleines, nahezu unscheinbares Lenin-Denkmal übriggeblieben ist.

Die in dem letzten Jahrzehnt erzielten wirtschaftlichen Erfolge sind unverkennbar auf den Einbau der nichtkommunistischen bürgerlichen Schicht und der Intelligenz in die Staatsverwaltung und die staatliche Wirtschaftsverwaltung zurückzuführen. Diese Schicht ist heute überall auch an massgebenden Stellen des Staates und der Wirtschaft anzutreffen. In starkem Masse sind ihr die wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Fortschritte zu verdanken. Das wissen auch die massgebenden Kommunisten des Landes. Mit wachsender Industrialisierung wächst übrigens auch der gesellschaftliche Einfluss dieser Schicht.

Mit dem bisher Erreichten begnügen sich aber die Ungarn nicht. Sehr viele Ungarn wissen heute schon, dass ein gewaltiger Unterschied zwischen ihrem eigenen Lebensstandard und dem in den westeuropäischen Ländern besteht. Sie wollen nicht einsehen, dass es ihnen, als technisch und organisatorisch begabtem Volk, nicht möglich sein soll, auch nur annähernd den Lebensstandard westlicher Länder zu erreichen.

Die meisten Ungarn suchen aber den vorhandenen Rückstand nicht in ihrem starren staatsdirigierten Wirtschaftssystem, sondern primär in den ihnen auferlegten Verpflichtungen, ihre hochwertigen Industrie- und Landwirtschaftsprodukte zu niedrigen Preisen nach den Ostblock-

Ländern liefern zu müssen, für die sie angeblich kein entsprechendes Äquivalent an Waren zu entsprechend günstigen Preisen erhalten.

Diese Meinung, die man selbst von Überzeugten Kommunisten zu hören bekommt, findet man bestätigt, wenn man in den Geschäften der ungarischen Städte das Warenangebot näher betrachtet. Die Waren sind nicht nur nach unseren heutigen Begriffen zweitrangig, sondern auch im Vergleich zu den ungarischen Vorkriegswaren. Dies trifft für ungarische Lebensmittel genauso zu, wie auch für Textilien, Schuhe, Bekleidung sowie für technische und chemische Artikel. Es spricht aber nichts dagegen, dass Ungarn auch heute genauso hochwertige Waren produziert - wie dies übrigens das ungarische Angebot auf der Budapester Internationalen Messe immer wieder bestätigt -, nur gehen diese Waren angeblich fast ausschliesslich nach den Ostblockländern.

Eine Chance, aus diesem Dilemma herauszukommen und Anschluss an den westeuropäischen Lebensstandard zu finden, versprechen sich die Ungarn von intensiveren Wirtschaftsbeziehungen mit Westeuropa und von einem Westdevisen bringenden Touristenverkehr. Gerade durch letzteren sollen schon unverkennbare Erfolge erzielt worden sein.

Die D-Mark ist heute in Ungarn die gesuchteste Währung. Gans abgesehen von der sprichwörtlichen ungarischen Gastfreundlichkeit gegenüber jedem Fremden, die auch uns West-Deutschen wieder in gleichem Masse zuteil wird, wie auch anderen Nationen, profitieren wir in Ungarn an Ansehen durch unsere harte Währung. Wir geniessen deshalb heute in Ungarn betonte Aufmerksamkeit, und da die Ungarn sehr oft deutsch sprechen, sind wir in Ungarn wieder Mittler zwischen dem westlichen und östlichen Europa geworden.

Wer die Gefühlsreaktionen der Ungarn erkennen kann, merkt sehr bald, dass sie als freiheitliebende Nation das freiheitliche Verhalten der Westeuropäer bewagt und dass sie der hohe Lebensstandard der westeuropäischen Arbeiter und Angestellten beeindruckt. Die doktrinären Kommunisten werden hieraus für ihr Wirtschaftssystem sicher keine Konsequenzen ziehen; es gibt aber gemässigtere Schichten, die im Umbau des Wirtschaftssystems, etwa nach dem jugoslawischen Beispiel, grosse Chancen für eine rasche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Landes sehen.

Wir können Ungarn bei fortgesetzten Entspannungsbestrebungen zwischen West- und Osteuropa als befreundetes Land wieder gewinnen, wenn unsere Regierung ihr Unelastizität endlich aufgibt und alle die Möglichkeiten nutzt, die sich nahezu handgreiflich anbieten. Vor allem sollten wir bereit sein, an dem wirtschaftlichen Aufbau Ungarns stärker als bisher mitzuwirken und einen regen kulturellen, geistigen und wissenschaftlichen Austausch Ungarn pflegen.

Voraussetzung hierfür sind nicht nur offizielle, sondern auch persönliche Kontakte, deren Förderung als dringende Aufgabe anzusehen ist. Unter den jetzigen Gegebenheiten ist für jeden West-Deutschen eine Reise nach Ungarn nicht nur wert, sondern im Gesamtinteresse wertvoll, ganz abgesehen davon, dass bei korrektem Verhalten jedem Deutschen die ungarische Gastfreundschaft sicher ist.